

Niederschrift

über die 45. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

am **Mittwoch, 22. April 2015, 17:00 Uhr**

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

30. April 2015

1 von 11

Anwesende:

Mitglieder

Petra Friedrich, Vorsitzende, SPD

Dorothee Köpp, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne

Bernd-Peter Doose, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU

Anke Bergmann, Mitglied, SPD

Wolfgang Decker, Mitglied, SPD

Christian Geselle, Mitglied, SPD

Hermann Hartig, Mitglied, SPD

Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD

Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne

Ruth Fürsch, Mitglied, B90/Grüne

Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne

Birgit Trinczek, Mitglied, CDU

Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU

Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke

Frank Oberbrunner, Mitglied, FDP

Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Marina Kuchminskaja-Eimer, Vertreterin des Ausländerbeirates

Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Georg Lewandowski, Mitglied, CDU

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Peter Schaumburg, Kämmerei und Steuern

Stefan Rios, Kämmerei und Steuern

Frank Grützmacher, Kämmerei und Steuern

Wolfram Schäfer, Revisionsamt

Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt

Ute Pähns, Sozialamt

Tagesordnung:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 - Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020 | 101.17.1626 |
| 2. 12. Beteiligungsbericht 2013 | 101.17.1652 |
| 3. Erhaltung der Freibäder Harleshausen und Bad Wilhelmshöhe | 101.17.1137 |
| 4. Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs | 101.17.1416 |
| 5. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern | 101.17.1518 |
| 6. ÖPNV | 101.17.1625 |
| 7. Kosten Gutachten | 101.17.1627 |
| 8. Sporthalle Marbachshöhe | 101.17.1650 |
| 9. Friedrich-Ebert-Straße Umbau fortsetzen - Geld bereitstellen | 101.17.1657 |

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 15. April 2015 ordnungsgemäß einberufene 45. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Vorsitzende Friedrich gibt bekannt, dass die Mitteilungen über die Mitgliedschaften und Tätigkeiten nach § 26 a HGO der Stadtverordneten und des Magistrats für das Jahr 2014 vorliegen und im Büro der Stadtverordnetenversammlung eingesehen werden können. Es fehlen lediglich die Mitteilungen der Stadtverordneten Dr. Bernd Hoppe, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, und von Stadtverordneten Olaf Petersen, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler.

1. **Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 - Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1626 -

3 von 11

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Umsetzung des ab 2015 neuausgerichteten Arbeitsmarktbudgets 2015 des Landes Hessen.
2. Im Arbeitsmarktbudget 2015 wird das Projekt: „Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration – Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020“ mit bis zu 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, vorerst befristet für die Dauer von zwei Jahren, durchgeführt.
3. Das Projekt wird zu 45 % aus weitergeleiteten Finanzmitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Die Stadt Kassel übernimmt die Kofinanzierung, soweit sie nicht durch Dritte sichergestellt wird.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2015 für das Haushaltsjahr 2015 im Teilhaushalt 50004 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für 2016 und 2017 sind bei der Haushaltsplanung für 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 berücksichtigt.“

Oberbürgermeister Hilgen und Frau Pähns, Amtsleiterin Sozialamt, beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

4 von 11

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 - Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020, 101.17.1626, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

2. 12. Beteiligungsbericht 2013

Vorlage des Magistrats
- 101.17.1652 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 12. Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Kassel zur Kenntnis und hat ihn gemäß § 123 a Abs. 3 HGO erörtert.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. 12. Beteiligungsbericht 2013, 101.17.1652, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

3. Erhaltung der Freibäder Harleshausen und Bad Wilhelmshöhe

5 von 11

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Dezember 2013

Bericht des Magistrats

- 101.17.1137 -

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, die Erhaltung der beiden Freibäder Harleshausen und Wilhelmshöhe wie folgt zu gestalten:

1) Freibad Harleshausen

a) Das Freibad Harleshausen wird im Jahr 2015 für 3,3 Mio. € (Preisbasis 2012 zuzüglich Baupreisindexsteigerung) gemäß der Variante 1 mit einem 25-Meter-Becken erneuert.

b) Die Maßnahme wird von der Städtische Werke AG vorfinanziert.

c) Zur Endfinanzierung erhält die Städtische Werke AG in den Jahren 2015 bis 2019 jeweils 600 T€ Gesellschafterdarlehen der Stadt Kassel zu Lasten des Kreditrahmens von 16,25 Mio. €.

d) Kosten, die über die 3,3 Mio. € hinausgehen, müssen über den Förderverein und bürgerschaftliches Engagement finanziert werden.

2) Freibad Wilhelmshöhe

a) Für die Erhaltung des Freibades Wilhelmshöhe wird im Haushaltsjahr 2016 das gleiche Budget wie für Harleshausen zur Verfügung gestellt (ebenfalls erhöht um die Baupreisindexsteigerung).

b) Die Finanzierung soll über Gesellschafterdarlehen außerhalb des Kreditrahmens von 16,25 Mio. erfolgen, insofern die Kommunalaufsicht ihre Zustimmung erteilt und die Haushaltsjahre 2013 und 2014 mit einem positiven ordentlichen Ergebnis abschließen. Der Magistrat wird gebeten, hierfür in Verhandlung mit dem RP zu treten.

c) Kosten, die über die 3,3 Mio. € (Preisbasis 2012 zuzüglich Baupreisindexsteigerung) hinausgehen, müssen aus den Erlösen für Teilflächen des Freibadgrundstückes sowie über den Förderverein und bürgerschaftliches Engagement finanziert werden.

d) Das zu realisierende Konzept wird unter Einbeziehung des Fördervereins und des Ortsbeirates auf der Basis gesicherter Finanzierungsbeiträge bis spätestens 31.03.2015 geklärt.

3) Die Maßnahmen zu 1) und 2) werden jeweils in einem Stück ohne Aufteilung über mehrere Teilprojekte ggf. mit einem Jahr Schließung realisiert.

4) Vor Beginn der Maßnahmen müssen mit den Fördervereinen belastbare Vereinbarungen über ihren Finanzierungsbeitrag zu den laufenden Betriebskosten (auch in Form von Arbeitsleistungen möglich) abgeschlossen worden sein.

5) Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, über die in 1) – 4) genannten Schritte einmal im Quartal im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel berichtet über die Umbaumaßnahmen im Freibad Harleshausen und über den aktuellen Stand im Freibad Wilhelmshöhe. Er erklärt, dass die Umsetzung der Maßnahmen entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Im Anschluss an den Bericht beantwortet Stadtkämmerer Dr. Barthel die Fragen der Ausschussmitglieder.

6 von 11

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17. November 2014

Bericht des Magistrats

- 101.17.1416 -

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel fordert die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landtag auf, bei der durch das Urteil des Staatsgerichtshofes notwendigen Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleiches folgende Grundsätze zu beachten:

1. Alle Hessischen Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie nicht nur ihre Pflichtaufgaben, sondern auch die gesellschafts- und sozialpolitisch notwendigen freiwilligen Aufgaben erfüllen können.
2. Kultur und Sport dürfen nicht als ausschließlich freiwillige Aufgaben aus dem Kommunalen Finanzausgleich ausgeklammert werden **und auch die oberzentrale Funktion der Städte muss diesbezüglich Berücksichtigung finden.**
3. Auch für weitere gesellschafts- und stadtpolitisch unverzichtbare „freiwillige“ Aufgaben müssen den Kommunen hinreichend Mittel zur Verfügung stehen.
4. Mit Spitzabrechnungen müssen Prognoseirrtümer – insbesondere hinsichtlich der kommunalen Erträge und Sozialausgaben – ausgeglichen werden, damit nicht erneut Fehlbeträge und Schulden auflaufen.
5. Auf der Basis der Doppik sind alle Aufwandspositionen zu berücksichtigen, also auch Rückstellungen und Abschreibungen. **Solange dies dem Hessischen Statistischen Landesamt technisch nicht möglich ist, muss ein angemessener Ausgleich hergestellt werden.**

Die KFA-Strukturreform ist **weiterhin** mit den kommunalen Spitzenverbänden abzustimmen.

Dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen ist **in seiner nächsten Sitzung** über den aktuellen Stand zum Thema zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel berichtet über den aktuellen Stand zum Thema Kommunalen Finanzausgleich. Dabei legt er insbesondere die bisherigen Kritikpunkte dar. Er macht auf die Stellungnahme des Hessischen Städtetages zum Gesetzesentwurf aufmerksam. Oberbürgermeister Hilgen gibt eine Ergänzung ab. Im Anschluss an den Bericht beantworten Stadtkämmerer Dr. Barthel und Oberbürgermeister Hilgen im Rahmen einer regen Diskussion die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Diskussion fragt Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, wie hoch die Grundsteuern und die Gewerbesteuern bei der Stadt Kassel sein müssten, damit der Stadt Kassel nichts gekürzt wird. Stadtkämmerer Dr. Barthel sagt eine schriftliche Antwort zu.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

5. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1518 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt eine Beratungsstelle einzurichten, in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag.

Die Ausschussmitglieder erhielten mit der Einladung einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke. Der gemeinsame Änderungsantrag wird von Stadtverordneter Bergmann, SPD-Fraktion, begründet.

- **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

8 von 11

Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit Behinderung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Zusammenhang mit der Umsetzung der Inklusion zu prüfen, ob** eine Beratungsstelle (**Inklusionsbüro**), in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen, **und eine Ombudsstelle zur Moderation von Konflikten, am Standort der Astrid-Lindgren-Schule, an der ein zentrales Beratungs- und Förderzentrum aufgebaut werden soll**, eingerichtet werden kann.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern, 101.17.1518, wird **zugestimmt**.

- **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit Behinderung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Zusammenhang mit der Umsetzung der Inklusion zu prüfen, ob** eine Beratungsstelle (**Inklusionsbüro**), in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen, **und eine Ombudsstelle zur Moderation von Konflikten, am Standort der Astrid-Lindgren-Schule, an der ein zentrales Beratungs- und Förderzentrum aufgebaut werden soll**, eingerichtet werden kann.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

9 von 11

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke,
Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern, 101.17.1518, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Trinczek

6. ÖPNV

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.1625 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreter der Geschäftsführung von NVV und KVG einzuladen, um darzulegen, wie sich die Deckelung der Regionalisierungsmittel des Bundes auf das ÖPNV-Angebot der Gesellschaften im städtischen Bereich auswirken wird, und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die fehlenden finanziellen Mittel auszugleichen.

Der Antrag wird von Stadtverordneten Oberbrunner, FDP-Fraktion, begründet. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Oberbürgermeister Hilgen beantwortet.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP,
Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: CDU

Enthaltung: --
den

Beschluss

10 von 11

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der FDP-Fraktion betr. ÖPNV, 101.17.1625, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

7. Kosten Gutachten

Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.1627 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wie hoch waren die Kosten für die Erstellung von Gutachten im Bereich Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr in den Jahren 2012-2014 insgesamt sowie aufgeschlüsselt im Einzelnen auch nach Anzahl und Aufgabenstellungen im selben Zeitraum?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und sagt eine schriftliche Beantwortung mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.

8. Sporthalle Marbachshöhe

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.1650 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, noch in diesem Jahr die finanziellen Mittel zur Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe bereitzustellen und mit der Planung der Durchführung zu beginnen.

Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Stadtbaurat Nolda nimmt dazu Stellung und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Sporthalle Marbachshöhe, 101.17.1650, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

9. Friedrich-Ebert-Straße Umbau fortsetzen - Geld bereitstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1657 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer

Anfrage der FDP-Fraktion zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 22. April 2015

Vorlage Nr. 101.17.1627

Frage:

Wie hoch waren die Kosten für die Erstellung von Gutachten im Bereich Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr in den Jahren 2012-2014 insgesamt sowie aufgeschlüsselt im Einzelnen auch nach Anzahl und Aufgabenstellung im selben Zeitraum?

Antwort:

Anlass / Projekt	Amt	Zeitraum	Betrag (EUR)	Bemerkung
Entwicklungskonzept Kasseler Osten	Stadtplanung	2012	171.360,00	
Baugrunduntersuchungen Areal Hauptbahnhof Nord/Fraunhofer	Stadtplanung	2012	39.944,53	
Broschüre Villenkolonie Muliang	Stadtplanung	2013	24.979,13	
Untersuchungen Baulandentwicklung Ortsrand Nordshausen	Stadtplanung	2013 - 2014	38.660,05	
Sonstige	Stadtplanung	2012 - 2014	22.729,53	kleinere Gutachten
VEP Kassel 2030	Straßenverkehr u. Tiefbau	2012 - 2014	455.200,00	
Platz der Deutschen Einheit (PDE)	Straßenverkehr u. Tiefbau	2012	24.300,00	
Variantenvergleich PDE	Straßenverkehr u. Tiefbau	2012	9.200,00	
Vegetationskonzept Holländische Straße	Straßenverkehr u. Tiefbau	2012 - 2013	30.900,00	
System repräsentativer Verkehrsverhaltensbefragungen	Straßenverkehr u. Tiefbau	2013	12.700,00	
Carsharing Entwicklungskonzept	Straßenverkehr u. Tiefbau	2013 - 2014	17.300,00	
Verkehrsbeziehungen Universität	Straßenverkehr u. Tiefbau	2013 - 2014	58.000,00	
Integriertes Klimaschutzkonzept	Umwelt und Garten	2011 - 2012	76.636,00	zzgl. Fördermittel 114.954 EUR
Lärmkartierung Hessen - Datenaufbereitung	Umwelt und Garten	2012	9.401,00	
Energetisches Quartierskonzept "Südliche Eichwaldsiedlung"	Umwelt und Garten	2012 - 2014	20.860,00	zzgl. Fördermittel 67.795 EUR
Verkehrszählung Rathauskreuzung	Umwelt und Garten	2013	743,00	
Klimaschutzmanagerin	Umwelt und Garten	2014 - 2017	25.735,00	zzgl. Fördermittel 145.833 EUR
		Summe:	1.038.648,24	

Anlage zu TOP 7:

